



MEIN BRIEF

MICHAEL GROSSE-BRÖMER

Ausgabe 271
18. Wahlperiode / Nr.51
26. Februar 2016

TAKTIEREN OHNE RÜCKSICHT

Liebe Leserinnen und Leser!

Die Bewältigung der Flüchtlingskrise darf nicht vom parteipolitischen Taktieren abhängen. Wir wären zum Beispiel deutlich erfolgreicher, wenn Grüne und SPD der Erklärung von Tunesien, Marokko und Algerien zu sicheren Herkunftsländern endlich zustimmen würden. Dabei hat die Vergangenheit gezeigt, wie zweckmäßig dieses Mittel ist, um die Flüchtlingszahlen drastisch zu reduzieren. Denn binnen kürzester Zeit gingen die Zugangszahlen aus dem westlichen Balkan deutlich zurück. Unser Koalitionspartner macht mit Rücksicht auf rot-grüne Landesregierungen dabei noch nicht mit. Das ist falsch und schadet der Sache.

Herzlichst, Ihr

Zur Bewältigung der Flüchtlingskrise ist bereits eine Menge geschehen. Und das obwohl zwischen den Parteien häufig unterschiedliche Positionen vertreten werden. SPD und Grüne sind auf Bundes- und Landesebene parteipolitisch zerstritten und versuchen die Flüchtlingskrise für ihre Zwecke zu nutzen. Tragweite und Brisanz dieser inneren Verstimmtheit beider Parteien werden vor allem an der Debatte um die Erweiterung sicherer Herkunftsstaaten deutlich: Ein Mengengelage verschiedenster Meinungen auf zwei unterschiedlichen Ebenen zu einer einzigen Frage. Zu einer Lösung der europäischen Migrationskrise trägt dieses Verhalten nicht bei. Ganz im Gegenteil.

SPD und GRÜNE verweigern sich, Verantwortung in der Flüchtlingskrise zu übernehmen. Zwar hat das Bundeskabinett die Einstufung der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer schon längst

beschlossen. Im Bundestag abgesegnet werden soll diese Gesetzesregelung nun aber noch nicht. Die SPD verweigerte die Aufsetzung. Das Ergebnis ist parteipolitisch verursachter Stillstand. Während SPD-Parteichef Sigmar Gabriel den Kurs der Bundesregierung mitträgt, wollen die Sozialdemokraten gleichzeitig ihre rheinlandpfälzische Spitzenkandidatin Dreyer nicht in eine ideologische Bredouille bringen. Schließlich sind Grünen dort gegen weitere sichere Herkunftsländer. Die Bundes-Grünen reden sich andererseits damit raus, die SPD hätte den Vorschlag nicht eingebracht, weshalb sie nichts dazu sagen müssten, während Landeskollegen in Baden-Württemberg das Asylpaket II im Sinne der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag unterstützen.

Die Erklärung von Algerien, Marokko und Tunesien zu sicheren Herkunftsländern ist ein hervorragendes Mittel, um

die Flüchtlingszahlen aus den Maghreb-Staaten drastisch zu reduzieren. Wie probat dieses Mittel ist, hat die Vergangenheit auf dem Balkan gezeigt. Das Wissen um die Aussichtslosigkeit eines Asylgesuches schützt Menschen aus dieser Region vor Ausbeutung durch kriminelle Schleuserbanden. Denn die konsequente Rückführung aus Deutschland in das sichere Herkunftsland führt allen vor Augen, dass viel Geld für Schleuser unnütz ausgegebenes Geld ist.

Dass sich Grüne und SPD sich so widersprüchlich, geht zu Lasten der Gemeinden und Städte in Deutschland. Dieser Zick-Zack-Kurs ist Ausdruck hilflosen Taktierens zu einer Unzeit. Die Regierungsparteien sollten Geschlossenheit bei der Lösung der Krise demonstrieren. Alles andere ist Wasser auf die Mühlen von Rechtspopulisten.

TERMINAUSWAHL**28.02.2016**Neujahrsempfang der CDU Hollenstedt in *Hollenstedt*.**03.03.2016**Jahreshauptversammlung der CDU Hanstedt in *Ollsen*.**04.03.2016**Teilnahme am Fest des Sports in *Winsen*.**05.03.2016**Hauptredner bei der 35. Hermannsburger Tagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Niedersachsen in *Hermannsburg*.**07.03.2016**Unternehmensbesuch bei den Hohenstein Instituten in *Bönnigheim (Baden-Württemberg)*.**10.03.2016**Mitgliederversammlung der CDU Neu-Wulmstorf in *Neu-Wulmstorf*.**11.03.2016**Kreisparteitag der CDU Harburg-Land in *Nenndorf*.**12.03.2016**Hegeschau 2015 in *Tostedt*.**13.03.2016**

Landtagswahlen und Kommentierungen im Konrad-Adenauer-Haus in Berlin..

17.03.2016Traditioneller parlamentarischer Abend der Familienunternehmer in *Berlin*.**INTELLIGENTE MOBILITÄT FÖRDERN**

Die Digitalisierung macht vor keinem Lebensbereich Halt. Deswegen sollten wir die dadurch vorhandenen Chancen im Verkehrssektor wahrnehmen und nutzen. Diese Woche haben die Abgeordneten des Deutschen Bundestages über eine entsprechende Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur beraten. Gegenstand sind die großen Chancen der Digitalisierung im Verkehrssektor, die sich für Deutschland ergeben. Die

CDU/CSU-Fraktion im Bundestag will innovative Entwicklung und Forschung künftig besser fördern und der Wirtschaft dabei helfen, neue Vertriebsmöglichkeiten zu erschließen. Wir bestärken die Bundesregierung und insbesondere das Bundesministerium für Verkehr und Infrastruktur darin, die unterschiedlichen Bereiche der intelligenten Mobilität noch stärker zu vernetzen und zu steuern. Großen Wert legen wir auf die Einrichtung von Modell-

regionen, in denen neue Technologien erprobt werden können. Die Förderung technologischen Fortschritts in diesem Bereich wird uns dabei helfen, die Zunahme von Mobilität in Deutschland noch umwelt- und klimafreundlicher zu gestalten. Dazu gehören unter anderem Themenbereiche wie automatisiertes Fahren, die digitale Straße oder aber der Mobilitätssektor im digitalen Zeitalter.

NÖTIG UND SINNVOLL: DAS ASYLPAKET II

In zweiter und dritter Lesung hat der Bundestag weitreichende Änderungen im Asylgesetz, Aufenthaltsgesetz und im Asylbewerberleistungsgesetz beschlossen. Sie umfassen Maßnahmen zur Beschleunigung von Asylverfahren, zur geordneten Rückführung und zur weiteren Beschränkung von Asylleistungen. In Anlehnung an das Flughafenverfahren sollen die zeitlichen Abläufe so gestaltet werden, dass das

Verwaltungsverfahren innerhalb einer Woche und das Rechtsmittelverfahren innerhalb von zwei Wochen durchgeführt werden können. Zudem wird zur besseren Bewältigung der aktuellen Situation der Familiennachzug zu Personen mit minderem Asylgrund für einen Zeitraum von zwei Jahren ausgesetzt werden. Zum besseren Schutz minderjähriger Asylbewerber, müssen betreuende und ausbildende Personen in

Gemeinschaftsunterkünften künftig ein unproblematisches, erweitertes Führungszeugnis vorweisen können. Das Asylpaket II ist Ergebnis lösungsorientierter Politik der Bundesregierung. Es ist gut für Bürger und Schutzsuchende zugleich. Die Abstimmung erfolgte namentlich. Im Internet können Sie nachlesen, welche Abgeordneten eine effiziente Lösung der Flüchtlingskrise abgelehnt haben und welche nicht.

MGB IM GESPRÄCH MIT...

... den Schülerinnen und Schülern um die begleitende Lehrerin Christiane Oertzen von der Oberschule Hanstedt. Nach ihrem Plenarbesuch nahm sich MGB viel Zeit für die Schüler der neunten Klasse zum gemeinsamen Gespräch und einem Besuch auf der Reichstagskuppel. Sehr interessiert waren die Schüler an den persönlichen Erfahrungen nach mehr als dreizehn Jahren Bundespolitik von MGB.

